

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den

- Gleichstellungsausschuss
- Organisations- und Personalausschuss
- Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
- Verwaltungsausschuss

In die Ratsversammlung

30.08.2021

Änderungsantrag

gemäß § 34 der Geschäftsordnung
des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur
Drucksache Nr. 1585/2021

Antrag der Fraktion die FRAKTION. Catcalling is OVER in HannOVER

zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

1. Die Landeshauptstadt Hannover erkennt die strukturelle Diskriminierung durch sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum an und verstärkt ihr Bestreben durch Aufklärung, Schulungen und Werbungsonstige Sensibilisierungsmaßnahmen auf das Problem öffentlich aufmerksam zu machen.
2. Dafür gewinnt die Landeshauptstadt Kooperationspartner*innen wie das Projekt gegen sexuelle Belästigung in Clubs (We take care), den catcallsofhannover und der Polizeidirektion Hannover, die zusammen mit der Landeshauptstadt (unter anderem den entsprechenden Fachbereich, dem Gleichstellungsbüro, der Antidiskriminierungsstelle und dem Ordnungsdienst) die in Punkt 1 genannten Bestrebungen Maßnahmen zu erarbeiten und im Anschluss umsetzen. Grundlage hierfür ist eine zuvor durchzuführende deutschlandweite Abfrage der Geschäftsstelle des KPR nach Best Practice-Beispielen im Umgang mit Catcalling.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, über den Deutschen Städtetag die Petition mit dem Titel "Es ist 2020. Catcalling sollte strafbar sein" zu unterstützen und auf die Ahndung zumindest als Ordnungswidrigkeit hinzuwirken. sexuelle Belästigung" als Ordnungswidrigkeit in der Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Hannover (SOG-VO) als Paragraph §3a mit aufgenommen werden kann.
4. Der städtische Ordnungsdienst wird verpflichtend im Umgang mit der Ordnungswidrigkeit „verbaler sexueller Belästigung“ geschult und so für das Thema sensibilisiert.
5. Entsprechende Schulungen und Sensibilisierungen sollen auch an die Polizeidirektion Hannover herangetragen werden.
6. Das Gleichstellungsbüro prüft, inwieweit noch in diesem und in dem kommenden Haushaltsjahr Mittel aus dem mit dem Haushalt erhöhten „Topf für Kleine Projekte“ des Gleichstellungsbüros insbesondere für die Fortbildung weiterer Multiplikator*innen zu dem Thema verwendet werden können und für diesen Zweck auch ggf. den catcallsofhannover zugewendet werden können.

Begründung

Sexuelle Belästigung ist für viele (meist) weibliche gelesene Personen Alltag auf unseren Straßen. Besonders, aber nicht nur, an viel frequentierten öffentlichen Orten häuft sich diese Art der Belästigung. Auch minderjährige Personen sind davon stark betroffen und werden sexualisiert. Verbale Belästigungen (sogenanntes Catcalling), Verfolgungen, Bedrängungen, Beleidigungen, exhibitionistische Handlungen, Gewaltandrohungen bis zur Umsetzung körperlicher Gewalt dürfen im Jahr 2021 nicht weiter für ca. 50% der Bevölkerung zum Alltag dazugehören.

Eine der Grundaufgaben der LHH ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die öffentlichen Räume der Stadt für alle gleich sicher und zugänglich sind. Diese täglich stattfindenden Belästigung-

gen führen jedoch dazu, dass der Aufenthalt im öffentlichen Raum nicht für alle Bürger*innen gleich sicher ist. Deswegen ist es wichtig, dass die LHH sich klar und vor allem auch ordnungsrechtlich dazu bekennt, dass solche Übergriffe nicht toleriert werden und es für Betroffene die Möglichkeit gibt, sich an den entsprechenden Stellen melden zu können.

Seit zwei Jahren machen sich die catcalls of Hannover gegen sexuelle Belästigung stark und kreiden an Orten des Geschehens anonym diese Erfahrungen auf Hannovers Straßen an. Mit Stand vom 22.06.2021 (= seit 725 Tagen) haben sich alleine 1.139 Personen an die catcalls of Hannover mit ihrer erfahrenen Belästigung gewandt und bisher wurden davon 644 in Hannover angekreidet. Dies zeigt sehr deutlich, wie hoch der Bedarf vor allem bei der jüngeren Bevölkerung nach entsprechenden Ansprechpartner*innen und Aktionen gegen dieses Phänomen ist. In Anlage 1 finden sich drei Beispiele solcher Ankreidungen sowie eine detaillierte Aufschlüsselung nach Kategorien in Anlage 2.

Aus all diesen Gründen ist es höchste Zeit diesem Thema durch Aufklärungen, Schulungen und öffentliche Kampagnen mit gemeinsamen Akteur*innen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um deutlich zu machen, dass in der Landeshauptstadt Hannover kein Platz für sexuelle Belästigung ist.

Lars Kelich
Fraktionsvorsitzender